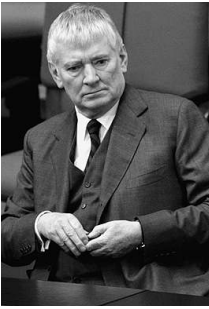


NACHRICHTEN

OFFENLEGUNG DER EINKÜNFTE VON ABGEORDNETEN
Schily wegen Nebeneinkünften vor Gericht



Bleibt stur: Otto Schily Foto: ap

LEIPZIG | Gegen die Offenlegung von Nebeneinkünften der Bundestagsabgeordneten hat sich Ex-Innenminister Otto Schily (SPD) vor dem Bundesverwaltungsgericht gewehrt. Der Bundestagspräsident hatte ein Ordnungsgeld verhängt, weil Schily sich weigerte, seine Nebeneinkünfte einzeln aufzuschlüsseln zu melden, um seine Schweigepflicht nicht zu verletzen. Der Anwalt der Gegenseite kontierte, Nebeneinkünfte würden in drei Stufen eingeteilt und nur die gemeldet, zudem unterliegen Verwaltungsmitarbeiter der Schweigepflicht. Das Urteil kam erst nach Redaktionsschluss. (dpa)

NEUN HAFTBEFEHLE
Kinderporno-Ring aufgebrochen

WIESBADEN | Einen bundesweit agierenden Kinderporno-Ring hat die Polizei zerschlagen. Seit Dienstagabend wurden in Deutschland Wohnungen und Geschäftsräume von 121 Beschuldigten durchsucht, so das Bundeskriminalamt. Den Mitgliedern des Internets wird demnach zum Teil schwerer sexueller Missbrauch von Kindern sowie Herstellung und Verbreitung von kinderpornografischem Material vorgeworfen. Gegen neun Initiatoren und Verantwortliche der Internetforen wurde Haftbefehl erlassen. (afp)

OST-WEST-ANNÄHERUNG
Keine „Mauer in den Köpfen“ mehr

HAMBURG | Die „Mauer in den Köpfen“ scheint 20 Jahre nach dem Fall der Mauer weitgehend überwunden. Laut einer Umfrage des Hamburger Meinungsforschungsinstituts Resuma befürworten 83 Prozent der Bürger im Westen und 88 Prozent im Osten die deutsche Einheit. 85 Prozent der West- und 81 Prozent der Ostdeutschen fühlen sich den Landesleuten aus dem jeweils anderen Teil des Landes heute näher als noch vor zehn Jahren. Weniger zufrieden äußerten sie sich jedoch über die wirtschaftliche Lage des Landes. (dpa)

BUNDESWEHR IM AUSLAND
Verband begrüßt neue Versicherung

BERLIN | Das Angebot einer französischen Versicherung, deutsche Soldaten gegen die Risiken aus Kampfinsätzen im Ausland abzusichern, hat der Deutsche Bundeswehrverband begrüßt. Die Konditionen des Militärversicherers AGPM seien „ein Fortschritt“ für die Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz. Denn AGPM zahle Lebensversicherungen auch bei Todesfällen etwa durch einen aktiven Kampfeinsatz in Afghanistan aus. Dieser Fall werde bisher von Versicherern im Normalfall nicht abgedeckt. (afp)

DAS WETTER
Schauer ziehen von Nord nach Süd

Ein Wolkenband mit schauerartigen Regenfällen zieht vom nördlichen Mittelgebirgsraum nach Süden. Es erreicht bis zum Abend etwa die Donau und schwächt sich dabei ab. Im Süden und Südwesten ist es nach Auflösung von Frühnebel anfangs zum Teil noch freundlich und es regnet dort bis zum Abend kaum. In der Nordhälfte lockert die Wolkendecke über den Tag wieder auf, und im Küstengebiet kann es einzelne Schauer geben. Die Werte liegen zwischen 14 und 20 Grad.



Der lange Weg zur kleinen Gesundheitskarte

DATENSCHUTZ Die heftig umstrittene „e-Card“ kommt. Den Anfang macht ab heute die Region Nordrhein



Sorgt für Streit: die elektronische Gesundheitskarte (Muster) Foto: ap

BERLIN taz | Mancher Beobachter hatte schon nicht mehr daran geglaubt. Doch nach jahrelangem Hickhack wird ab dem heutigen Donnerstag die sogenannte elektronische Gesundheitskarte (eGK) ausgegeben. Den Praxistest der neuen „e-Card“ wagt die Region Nordrhein mit ihren insgesamt rund neun Millionen gesetzlich Versicherten. Dort wollen die Kassen bis Jahresende 100.000 Karten verteilen. Bis Ende 2010 sollen alle 70 Millionen gesetzlich Versicherten in Deutschland das Plastikkärtchen besitzen, das dann die bisherige Versichertenkarte ersetzt.

Auf den ersten Blick ist die elektronische Gesundheitskarte bloß ein weiterer Datenträger im Scheckkartenformat, auf dem ein Porträtfoto des Versicherten prangt. In der Anfangsphase müssen auf ihm nur zwei Dinge gespeichert werden: Zum einen die Verwaltungsdaten, also Name des Patienten, Versicherungsstatus, Krankenkasse und Geburtsdatum. Zum anderen das „elektronische Rezept“. Dieses kann künftig der behandelnde Arzt auf der Karte hinterlegen, und in der Apotheke wird es an einem Lesegerät eingelöst. Freiwillig speichern können Patienten zudem einen „Notfalldatensatz“.

Doch seit Jahren wehren sich insbesondere Ärztenvertreter wie der Kassenzahnärztliche Bundesverband gegen die Einführung der Karte. Diese sollte ur-

sprünglich schon Anfang 2006 die Versichertenkarte ablösen. So sah es das entsprechende, 2004 von Rot-Grün verabschiedete Gesetz vor. Die Proteste entzündeten sich vor allem daran, dass die Karte mittelfristig zur elektronischen Patientenakte werden soll. Das Ziel: Der Patient soll stets über alle Daten zu seinem Gesundheitsstatus verfügen können. Er oder sie soll dabei entscheiden können, welcher Arzt welche Daten einsehen darf. Wenn verschiedene Ärzte einem Patienten beispielsweise mehrere Medikamente verschreiben, soll dies schnell einsehbar sein. Dadurch lassen sich aus Sicht der Befürworter Nebenwirkungen oder wechselseitige Unverträglichkeiten vermeiden.

Diese Zusatzfunktionen werden jedoch frühestens im kommenden Jahr nutzbar sein. Erst dann werden nach Schätzung der Betreiberfirma Gematik in allen Arztpraxen die neuen Kartenselektoren stehen. In diese steckt der Patient seine e-Card. Um die teilweise auf einem Server gespeicherten Patientendaten lesen zu können, muss der Arzt sich durch seinen „elektronischen Heilberufsausweis“ identifizieren. Bislang haben selbst in der Region Nordrhein erst rund ein Drittel der rund 15.000 Arztpraxen das Lesegerät installiert. Dabei zahlen bis Ende September die Kassen rund 1.000 Euro für den Apparat und dessen Aufbau. MATTHIAS LOHRE

Der Atomkonsens bröckelt

KOALITION Nach den Pro-Ausstieg-Äußerungen des Saar-Ministerpräsidenten Peter Müller hoffen Umweltverbände, dass längere Restlaufzeiten noch verhindert werden können

VON NADINE MICHEL UND RALPH BOLLMANN

Wenige Tage vor Beginn der Koalitionsverhandlungen von Union und FDP auf Bundesebene hat sich erstmals ein CDU-Spitzenpolitiker gegen längere Laufzeiten für Atomkraftwerke ausgesprochen. „Es gibt einen Fahrplan, wie der Ausstieg aus dieser Brückentechnologie stattfindet. Der ist zunächst einmal verbindlich“, sagte der saarländische Ministerpräsident Peter Müller der *Financial Times Deutschland* vom Mittwoch. „Für mich ist die Frage einer Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke nicht prioritär.“

Im Saarland, das selbst nicht über Atomkraftwerke verfügt, finden derzeit Sondierungsgespräche zwischen CDU, FDP und Grünen über die Bildung einer neuen Landesregierung statt. Der dortige Umweltminister Stefan Mörsdorf (CDU) hatte schon im Sommer gegen eine vorzeitige Verlängerung der Restlaufzeiten plädiert. „Darüber können wir später, vielleicht erst nach der nächsten Legislaturperiode, reden“, sagte er. In den Programmen von Union und FDP zur Bundestagswahl werden längere Laufzeiten gefordert, die zusätzlichen Gewinne sollen zumindest teilweise für die Entwicklung erneuerbarer Energien verwendet werden.

Die großen Energiekonzerne versuchen derweil, den Politikern in der Diskussion entgegenzukommen. RWE-Chef Jürgen Großmann forderte längere Laufzeiten für alle 17 noch am Netz hängenden Atommeiler und verknüpfte damit das Angebot, einen Teil der dadurch entstehenden zusätzlichen Gewinne abzugeben. Das Geld könnte für die Modernisierung der Lei-

DREIMAL ACHT

Wer für CDU, CSU und FDP die am Montag beginnenden Koalitionsverhandlungen führt, steht seit Mittwoch fest. Jede der drei Parteien wird mit acht Unterhändlern vertreten sein. Bei der CDU sind das neben Parteichefin Angela Merkel ihre vier Stellvertreter, Generalsekretär Ronald Pofalla, Kanzleramtsminister Thomas de Maizière und Fraktionschef Volker Kauder. Für die CSU verhandeln außer dem Vorsitzenden Horst Seehofer noch die beiden Bundesminister der Partei, drei bayeri-

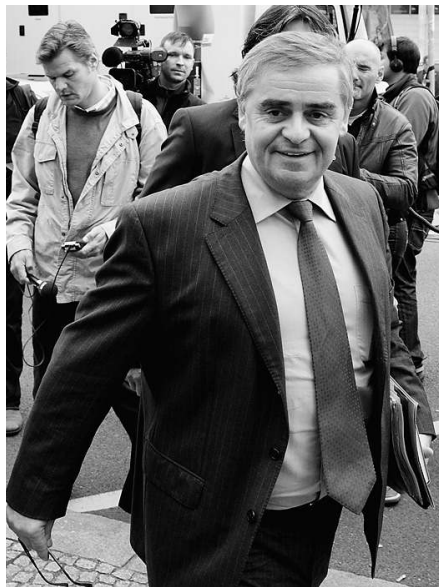
sche Landespolitiker, der Generalsekretär und der Vorsitzende der Landesgruppe im Bundestag. FDP-Spitzenmann Guido Westerwelle bringt nicht nur den Generalsekretär und seine drei Stellvertreter, sondern auch den Finanzexperten Hermann Otto Solms sowie die beiden Landesvorsitzenden Birgit Homburger und Sabine Leutheuser-Schnarrenberger mit. Als strittig gelten neben der Atompolitik vor allem die Themenbereiche Steuern, Soziales, Gesundheit und Bürgerrechte. (taz)

stungnetze oder für den Ausbau der Windkraft eingesetzt werden. Großmann sprach von einem „dicken zweistelligen Prozentsatz“. Eon-Chef Wulf Bernotat kündigte konkretere Vorschläge der Branche an, wenn Gespräche mit der neuen Bundesregierung anstünden.

Unter Umweltpolitikern der CDU wird nicht ausgeschlossen, dass die Stromkonzerne je nach Ausgestaltung der Konditionen das Interesse an längeren Laufzeiten verlieren. Zumindest bei Kraftwerksblöcken mit großem Investitionsbedarf stelle sich die Frage, ob sich ein längerer Betrieb in jedem Einzelfall betriebswirtschaftlich noch rechne.

Atomkraftgegner begrüßten am Mittwoch die Aussagen des saarländischen Ministerpräsidenten. Solche Stellungnahmen zeigten, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen sei, sagte Jochen Stay von der Initiative „ausgestrahlt“. „Auch Teile der Basis von CDU und FDP werden noch lauter“, erwartet Stay. Welchen Einfluss dies letztlich haben werde, hänge von dem Widerstand der Bevölkerung ab. „Jetzt ist auf jeden Fall noch nicht der Zeitpunkt, zu resignieren.“

Die Angebote der Stromkonzerne sind für die Atomkraftgegner dagegen Quatsch und ein reines Gewinngeschäft“, sagte Stay. RWE und Eon investierten schon jetzt Milliardenbeträge in erneuerbare Energien. Komme der Atomausstieg wie unter Rot-Grün festgeschrieben, müssten die Energiekonzerne viel größere Beträge in den Ausbau der Erneuerbaren stecken, um die Stromversorgung sicherzustellen. Das werde durch längere Laufzeiten sogar verhindert. Meinung + Diskussion SEITE 12



Gegen den CDU-Atomkonsens: Ministerpräsident Peter Müller Foto: ap

Ich bin für die Unabhängigkeit der Presse.
Bitte senden Sie mir Informationen zur taz Genossenschaft.
Vorname | Nachname
Straße | Hausnr | PLZ | Ort
Telefon | E-Mail
Senden Sie diesen Coupon an:
die Tageszeitung | Verlagsgenossenschaft eG | Postfach 610229
10923 Berlin | oder F (030) 25 90 25 16 | www.taz.de/genossenschaft

Keine Rückgabe von Grundstücken an Erben

JUSTIZSTREIT Im Rechtsstreit über die Rückübertragung ehemals jüdischer Grundstücke in Kleinmachnow bei Berlin sind die Erben vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Die Betroffenen gehen völlig leer aus

KARLSRUHE dpa | Das Bundesverfassungsgericht hat die Rückgabe von Grundstücken an die Erben eines von den Nazis enteigneten jüdischen Siedlungsunternehmers abgelehnt. Der Gesetzgeber habe bei der Wiedergutmachung von NS-Unrecht einen besonders weiten Spielraum, weil es von einer „dem Grundgesetz nicht verpflichteten Staatsgewalt“ zu verantworten sei, heißt es in einem am Mittwoch in Karlsruhe veröf-

fentlichten Beschluss. Dass 1997 die Rückgabe von Grundstücken aus dem Eigentum von Siedlungsunternehmern gesetzlich ausgeschlossen worden sei, kann laut Gericht zwar zu Ungerechtigkeiten für die Betroffenen führen. Allerdings sei die Vorschrift nicht „willkürlich“ und damit vom Grundgesetz gedeckt. Die Grundstücke im Berliner Vorort Kleinmachnow gehörten 1933 zum Vermögen einer Siedlungsgesellschaft, an der der jü-

dische Bauunternehmer Adolf Sommerfeld knapp 80 Prozent der Anteile hielt. Sommerfeld wurde 1933 von SA-Männern in seinem Haus überfallen und floh kurz darauf aus Deutschland. Seine Anteile wurden nach der sogenannten Arierisierung des Betriebes veräußert. Von dem Musterverfahren sind nach Angaben des Berliner Anwalts Christian Meyer – der rund 20 Erben vertritt – rund 700 anhängige Klagen betroffen.

Er nannte die Entscheidung „nicht nachvollziehbar“, weil die Betroffenen damit völlig leer ausgingen. Er kündigte eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg an. Nach den Worten einer Kammer des Ersten Senats hat der Gesetzgeber den Schutz der späteren Siedler, die die Immobilien bis 1945 zu den seinerzeit üblichen Preisen kauften, höher gewichtet als die Interessen der NS-Opfer.